

# „Nicht mit offenen Karten gespielt“

## BI Huckelriede ausgeschlossen

**Bremen-Süd (kmö).** Ein Grund dafür, warum die öffentliche Diskussion über die Lage der Auf- und Abfahrten der A281 in Huckelriede aus Sicht vieler Bürgerinitiativen bislang nicht zufriedenstellend gelaufen ist, könnte sein, dass nicht alle Beteiligten mit offenen Karten gespielt haben. Dies wirft zumindest die „Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A281“ der Bürgerinitiative Huckelriede vor.

In einer Presseerklärung der Vereinigung, der insgesamt acht Initiativen angehören, heißt es dazu: „Leider mussten wir erfahren, dass von der Bürgerinitiative Huckelriede schon seit Langem über Nebengleise und ohne die anderen Bürgerinitiativen darüber zu informieren, versucht wurde, ausschließlich die Interessen ihres Wohngebietes durchzusetzen. Sie hat damit wesentlich dazu beigetragen, dass ein von ihr nach außen mit gefordertes ergebnisoffenes Verfahren gar nicht mehr stattfinden konnte.“ Als Konsequenz sei die Bürgerinitiative Huckelriede mit sofortiger Wirkung aus der Vereinigung ausgeschlossen worden. Für Menschen aus Huckelriede, die weiter ein gemeinsames und solidarisches Vorgehen aller A281-Betroffenen wollten, stünde die Tür der Vereinigung jedoch weiterhin weit offen. Das gelte auch für Menschen aus anderen Wohngebieten, die sich durch die A281 bedroht fühlen, heißt es in der schriftlichen Erklärung. Die Bürgerinitiative Huckelriede war bis Redaktionsschluss für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

In einem zweiten Punkt des Schreibens bemängelt die Vereinigung, der einstimmige Beschluss des Runden Tisches zum Bauabschnitt 2.2 sei bereits in wesentlichen Punkten ausgehöhlt worden. Mit der „Bürgerbeteiligungsfarce“ zu den Auf- und Abfahrten seien endgültig alle Versuche gescheitert, schon vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Planfeststellungsverfahren konsens- und friedensfähige Lösungen zu erarbeiten. „Als Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A281 werden wir deshalb alle Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, ihre Rechte im Planfeststellungsverfahren zu wahren. Unsere besondere Solidarität gilt den von einer Enteignung bedrohten Familien an der Neuenlander Straße.“